



HALLE ★ Die Stadt

Antrag

Nummer III/2000/00763

TOP:

Datum: 30.05.2000

Wiedervorlage . . .

e

Aktz.

Bezug-Nr:

Abteilung/Am HAL

t

Dr. Gesine

Haerting,

B'90/GRÜNE

Beratungsfolge	Termin	Status	Zustimmung	Veränderung	Ablehnung
Stadtrat	21.06.2000	öffentlich beschließen			

Betreff:

Antrag der HAL-Fraktion - Einführung einer Kinderfreundlichkeitsprüfung in der Stadt Halle

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

Um dem Projekt „Was: für Kinder! 2000 - Ein Kinderjahr in Halle“ Kontinuität über das Jahr 2001 hinweg zu verleihen, wird die Stadtverwaltung beauftragt zu prüfen:

1. Welche Möglichkeiten sieht die Stadtverwaltung, eine Kinderfreundlichkeitsprüfung für die Stadt Halle einzuführen?
2. Welche Prüfkriterien hielte die Stadtverwaltung für notwendig, realitätsnah und effektiv umsetzbar?
3. Welche Zuständigkeiten der einzelnen Ämter lägen aus Sicht der Stadtverwaltung nahe?
4. Welche Synergieeffekte würde eine Kinderfreundlichkeitsprüfung z.B. auf Seniorenpolitik oder Stadtgestaltung haben?

gez. Dr. Gesine Haerting
Stadträtin der HAL-Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Begründung:

Während sich die Stadt Halle auf dem Gebiet der Jugendhilfe und der Unterstützung von Familien trotz der angespannten Haushaltslage vielen freiwilligen Aufgaben stellt und Hervorragendes leistet, bleiben Interessen von Kindern und Jugendlichen in anderen Politikfeldern nur ungenügend berücksichtigt.

Im Kinder- und Jugendhilfegesetz heißt es in §1, Abs.3, Satz 4.: „Jugendhilfe soll ... dazu beitragen, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen.“ Damit stellt das Kinder- und Jugendhilfegesetz ausdrücklich eine Verbindung zu Verkehrsplanung und Stadtplanung her. Zwei Beispiele aus unserer Stadt mögen dies verdeutlichen und begründen, weshalb die HAL-Fraktion die Etablierung einer Kinderfreundlichkeitsprüfung anstrebt:

1. Auf Grund von Schulfusionen in Folge des Rückganges der Schülerzahlen werden die Schulwege für viele Schülerinnen und Schüler länger und damit auch komplizierter und unsicherer. Verkehrsplanung kann und soll die Belange und die Sicherheit der jüngsten Verkehrsteilnehmer berücksichtigen.
2. Der Wegzug gerade junger Familien aus unserer Stadt ins grüne Umland liegt auch in dem Willen der Familien begründet, ihren Kindern ein ruhiges, grünes, gesundes und sicheres Wohnumfeld zu bieten. Stadtplanung kann und soll die Belange der jüngsten Stadtbewohner besser berücksichtigen. So kann die Stadt mittelfristig auch für Familien mit jüngeren Kindern wieder attraktiv werden.

Zur Bearbeitung dieses Antrages kann die Stadtverwaltung auf den 10. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung von 1998: „Empfehlungen für kindgerechte Lebensumwelt“ sowie auf die Erfahrungen anderer Städte (z.B. Erfurt, Stendal, Essen, Magdeburg) zurückgreifen.